

KAMMERREPORT

HANSEATISCHE

RECHTSANWALTSKAMMER

HAMBURG

AUSGABE 2

28. FEBRUAR 2014

INHALT

Geschäftsbericht S. 1

Rechnungslegung S. 22

Ansprechpartner S. 40

Geschäftsbericht

Rechnungslegung

2013

info@rak-hamburg.de
www.rak-hamburg.de



Der Kammervorstand berichtet über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Geschäftsjahr 2013.

Rechtspolitik

■ m Juli 2013 ist nach langwierigen Verhandlungen und einer Unzahl von Gesprächen zwischen den Anwaltsverbänden und der Politik schließlich das zweite Kostenrechtsmodernisierungsgesetz verabschiedet worden.

Es enthielt neben einer Änderung zahlreicher inhaltlicher Bestimmungen auch eine lineare Gebührenerhöhung von etwa 12%.

IMPRESSUM

KAMMERREPORT

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Hanseatische
Rechtsanwaltskammer

Der Präsident

Bleichenbrücke 9

20354 Hamburg

Tel 040-35 74 41-0

Fax 040-35 74 41-41

Die Interessenvertretung der Anwaltschaft hat damit jahrelange Bemühungen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen können. Parallel zum zweiten Kostenrechtsmodernisierungsgesetz sind auch Änderungen im Prozesskostenhilfe- und Beratungskostenhilferecht beschlossen worden.

Die Bundesländer haben hierauf großen Wert gelegt, um jedenfalls einen Teil der durch das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz entstehenden Mehrkosten wieder einzusparen.

Auch hier ist es aber den Anwaltsverbänden gelungen, geplante wesentliche Einschnitte deutlich abzumildern.



Ebenfalls konnte das Gesetzgebungsverfahren zur „Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung“ zum Abschluss gebracht werden. Jetzt steht auch der Rechtsanwaltschaft eine der angelsächsischen LLP vergleichbare haftungsbeschränkte Form einer Personengesellschaft zur Verfügung.

Die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung bietet die Möglichkeit, die persönliche Haftung der Partner für berufliche Fehler vollständig auszuschließen und auf das Gesellschaftsvermögen zu beschränken. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Haftpflichtversicherung zu den im wesentlichen gleichen Bedingungen wie bei der Rechtsanwalts-gesellschaft mbH als Kapitalgesellschaft.

Entgegen landläufiger Meinung sind die Versicherungsprämien für diese Versicherung jedoch keineswegs unerschwinglich, sodass auch mittelgroße Partnerschaftsgesellschaften ernsthaft prüfen sollten, in die neue Gesellschaftsform zu wechseln.

Eine von der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Hamburger Kammervorstand für sinnvoll gehaltene Änderung des Rechts der Anwalts-Kapitalgesellschaft ist infolge des durch die Neuwahl bedingten Wechsels im Bundesjustizministerium noch nicht weitergekommen. Hier ist also Geduld gefragt.



Im Recht der Mediation gibt es keine neuen Entwicklungen. Insbesondere ist die Rechtsverordnung, die die Anforderungen an einen "zertifizierten Mediator" verbindlich umschreiben sollte, im Berichtsjahr vom Bundesjustizministerium nicht vorgelegt worden.



Auf europäischer Ebene wurde durch die zuständigen Gremien des Europäischen Parlaments

nach wie vor an der „Datenschutzgrundverordnung“ gearbeitet. Durch die NSA-Affäre hat diese Arbeit eine erhebliche Bedeutung gewonnen.

Ob die Arbeiten rechtzeitig abgeschlossen werden können, ist zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Geschäftsberichtes wegen der unmittelbar bevorstehenden Europawahl nicht prognostizierbar.

Juristenausbildung

Die von der Kammer organisierte Referendar-Arbeitsgemeinschaft „Einführung in den Anwaltsberuf“ findet nach wie vor während der ersten beiden Wochen der Anwaltstation statt. Aus den von den Referendaren ausgefüllten Bewertungsbögen lässt sich entnehmen, dass die Arbeitsgemeinschaft zum ganz überwiegenden Teil positiv bewertet wird. Auf Skepsis stößt allenfalls und immer noch der Abschnitt "Einführung in das anwaltliche Berufsrecht" und das anwaltliche Berufsbild am ersten Tag der AG, da die Referendare hierin eine unmittelbare Examensrelevanz nicht meinen erkennen zu können.

Das ist zweifellos richtig, dennoch wird der Kammervorstand an diesem Punkt das Konzept der AG nicht ändern. Die AG dient auch der Vorbereitung auf die Ausbildung in der Anwaltstation und der Vorbereitung auf die spätere Berufstätigkeit. Diese beiden Ziele sind aus der Sicht des Kammervorstandes so wichtig, dass auch ein dahingehender Unterricht unabdingbar ist.

Die Nachfrage nach den vom Kammervorstand angebotenen Wahlpflicht-Arbeitsgemeinschaften ist nach wie vor verhalten. Sie können aus der Rechnungslegung der Ausbildungsumlage die hierfür aufgewandten Mittel entnehmen. Der Kammervorstand wird weiter versuchen, das Interesse an der Wahlpflicht-AG zu verstärken.

Im vergangenen Jahr hat der Vorstand im Bezug auf die universitäre Juristenausbildung beschlossen, sich künftig auch hier zu engagieren.

Sofern die Fakultät für Rechtswissenschaften anwaltsbezogene Lehrveranstaltungen nicht auszurichten vermag, wird der Kammervorstand im Einzelfall das Honorar von anwaltlichen Lehrbeauftragten übernehmen. Ausnahmsweise ist es auch denkbar, dass andere Personen als Rechtsanwälte durch die Übernahme von Honoraren unterstützt werden.

Im vergangenen Jahr hat es eine erste Unterstützung dieser Art im Bereich des Strafprozessrechts gegeben.

Satzungsversammlung

Im Berichtsjahr hat es in der Satzungsversammlung zwei wesentliche Beschlussfassungen gegeben:

Zum einen wurde die gemäß § 15 FAO von jedem Fachanwalt nachzuweisende Pflichtfortbildung von 10 auf 15 Zeitstunden kalenderjährlich erhöht. Als Ausgleich hierfür sind allerdings die zugelassenen Fortbildungsmöglichkeiten erweitert und der Nachweis von 5 Stunden durch geeignete Formen von Selbststudium einschließlich Lernerfolgskontrolle zugelassen worden.

Desweiteren ist eine neue Fachanwaltsbezeichnung "Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht" beschlossen worden.

Beide Bestimmungen werden allerdings erst im Jahre 2014 in Kraft treten, sobald sie vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz genehmigt und in den BRAK-Mitteilungen veröffentlicht worden sind.

Allerdings sind die wichtigsten berufspolitischen Themen der Anwaltschaft auch Gegenstand von Erörterungen in den Ausschüssen mit dem Ziel, geeignete Vorschläge für die Ergänzung der BORA zu erarbeiten. Dies gilt zum einen für die Thematik der Rechtsstellung von Syndikusanwälten. Hier kann durch Satzung (die Fachanwaltsordnung) im Bereich des

Fachanwaltsnachweises der Situation von Syndikusanwälten Rechnung getragen werden.

Zum anderen befasst sich der Ausschuss 6 mit der Thematik der Schweigepflicht unter Berücksichtigung der besonderen Problematik bei elektronischer Kommunikation.

Es ist damit zu rechnen, dass im Jahr 2014 hier Beschlussergebnisse erzielt werden.

Im Bereich der Fachanwaltsordnung hat es keine neue Entwicklung im Bereich der von der Satzungsversammlung angestrebten Möglichkeit zu einer Qualitätskontrolle der zum Nachweis angeführten Fälle gegeben. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die Anwaltschaft im Wahljahr ihre Kräfte darauf konzentrieren musste, das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz durch die parlamentarischen Instanzen zu bringen.

Berufsrecht

Die berufsrechtliche Diskussion hatte im Berichtsjahr im Wesentlichen folgende Themen: Von besonderer Bedeutung war im vergangenen Jahr die breit geführte Diskussion um die Rechtsstellung der Syndikusanwälte.

Der BRAO-Ausschuss der Bundesrechtsanwaltskammer hat nach ausführlicher, mehrtägiger Beratung einen Reformvorschlag zur Neuregelung der Rechtsstellung der Syndikusanwälte (derzeit § 46 BRAO) vorgelegt, der sowohl auf der Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer, als auch in den meisten Kammervorständen diskutiert wurde.

Hintergrund ist die vor allen Dingen vom Bundesverband der Unternehmensjuristen (BUJ) vorgetragene und von Teilen der Anwaltschaft auch unterstützte Forderung nach einer Verbesserung der Rechtsstellung der Syndikusanwälte insbesondere im Bereich der Mitgliedschaftsmöglichkeiten im Versorgungswerk, im Bereich der Gleichstellung mit niedergelassenen Anwälten bei Tätigkeit für das Unternehmen und bei der Möglichkeit zum Erwerb der Fachanwaltsbezeichnung.

Die Diskussion dauert an, da sie den Kern des anwaltlichen Berufsbildes als unabhängiger Berater der Mandanten in allen Rechtsangelegenheiten berührt. Auch im Jahr 2014 wird die Diskussion weitergeführt.



Der Bundesgerichtshof hat die Bestimmung des § 59a BRAO in einem dort anhängigen Verfahren gemäß Art. 100 GG dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt, weil der BGH die Norm für verfassungswidrig hält. Denn sie begrenzt den Kreis der sozietätsfähigen Berufsträger auf einige wenige in der Norm abschließend aufgezählte Berufe und schließt z.B. Ärzte oder Apotheker von der Möglichkeit aus, mit Anwälten eine Berufsausübungsgemeinschaft zu begründen.

Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer hat sich ebenfalls mit der Frage befasst. Angesichts der Möglichkeit, dass das Bundesverfassungsgericht die Norm insgesamt als verfassungswidrig ansieht und aufhebt, hält der Vorstand eine Befassung der Anwaltschaft selbst mit Reformvorschlägen im Sinne einer Erweiterung der Möglichkeiten zur beruflichen Zusammenarbeit für sinnvoll.



In die Diskussion um die so genannte „Fremdkapitalbeteiligung“ an Anwaltskanzleien ist im vergangenen Jahr eine gewisse Ruhe eingekehrt.

Dies mag in erster Linie daran liegen, dass es auch international bei wichtigen Anwaltschaften, so z.B. der American Bar Association, die gleichen Vorbehalte gegen eine Fremdkapitalbeteiligung gibt wie in Deutschland.

Die Entwicklung in Großbritannien wird deshalb auch keineswegs auf breiter Front in anderen

europäischen Ländern nachvollzogen.

Der Kammervorstand begrüßt diese Zurückhaltung. Die Bundesrechtsanwaltskammer ist auf internationaler Ebene eine treibende Kraft dafür, die bestehende Rechtslage zu erhalten.

Service

Der in unregelmäßigen Abständen versandte "**Kammerschnellbrief**" hat sich zunehmend mehr etabliert und ist zu einem aktuellen Informationskanal geworden: Im Jahr 2013 sind insgesamt 20 Kammerschnellbriefe an die E-Mail-Adressen von zuletzt 5.814 Kolleginnen und Kollegen (Stand 20.01.2014) verschickt worden.

Der Vorstand konnte damit auch außerhalb der etwa vierteljährlich erscheinenden Kammerreporte über aktuelle Ereignisse und kurzfristig stattfindende Veranstaltungen informieren.

Der Kammerschnellbrief dient auch dazu, die von der Bundesrechtsanwaltskammer herausgegebenen "Nachrichten aus Berlin" über die Tätigkeit der Bundesrechtsanwaltskammer und die "Nachrichten aus Brüssel" über die Arbeit des Brüsseler Büros der BRAK in Hamburg bekannt zu machen.



Der **Homepage** der Rechtsanwaltskammer kommt zugute, dass innerhalb der Geschäftsführung jetzt ein Kollege (Herr Dr. Hoes) mit der kontinuierlichen Pflege und Aktualisierung der Seite beauftragt ist.

Die Homepage ermöglicht es, auch die Kammerreporte der vergangenen Jahre einzusehen. Im Kammerreport selbst gibt es die regelmäßigen Hinweise auf in der Printfassung hinterlegte Entscheidungen oder sonstige Veröffentlichungen. Durch diese Links lassen sich die gedruckten Kammerreporte relativ schlank halten.



Im Herbst 2013 ist der **Anwaltsuchdienst** in einem ersten Schritt verbessert worden: Die dort auffindbaren Tätigkeitsfelder der Kolleginnen und Kollegen sind redaktionell zusammengefasst und überarbeitet worden. Jetzt gibt es beispielsweise nicht mehr sehr ähnliche Kategorien wie "Verkehrsrecht" und "Straßenverkehrsrecht". Dies verbessert die Auffindbarkeit für die in den jeweiligen Gebieten gelisteten Kolleginnen und Kollegen.

Mit Stand vom 11.02.2014 nahmen am Anwaltsuchdienst insgesamt 2768 Kolleginnen und Kollegen teil.

In welchem Umfang der auch im Internet zur Verfügung stehende Anwaltsuchdienst dort genutzt wird, wird in der Geschäftsstelle nicht statistisch erfasst.

Wir wissen aber, dass die telefonische Serviceleistung der Kammergeschäftsstelle nach wie vor in großem Umfang in Anspruch genommen wird. Die Mitarbeiter im telefonischen Anwaltsuchdienst haben die Zahl der eingehenden Anrufe aufgenommen und festgestellt, dass täglich ca. 30 - 40 Anrufe eingehen. Die telefonische Hilfe, die maßgeblichen Gesichtspunkte für die Auswahl des Rechtsanwalts im persönlichen Gespräch herauszufinden, wird sehr gerne in Anspruch genommen.



Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer und die Bundesrechtsanwaltskammer arbeiten an dem europaweiten Projekt "**Find a lawyer**" mit. Ziel ist die Einrichtung eines europaweiten Anwaltsuchdienstes, damit jeder europäische Bürger in jedem europäischen Land leicht einen Anwalt seiner Wahl suchen und finden kann.

Neben der Anwaltssuche nach Namen soll es auch eine Anwaltssuche nach Rechtsgebieten geben. Es wird insgesamt 20 Rechtsgebiete geben. Weiterhin werden Sprachkenntnisse gelistet.



Im Sommer 2013 ist durch Bundesgesetz die Einführung des so genannten "**besonderen elektronischen Anwaltspostfaches**" beschlossen worden.

Damit wird jeder deutsche Rechtsanwalt und jede deutsche Rechtsanwältin ab 01.01.2016 in einer Art "Anschluss- und Benutzungszwang" über die Bundesrechtsanwaltskammer mit einem "besonderen elektronischen Anwaltspostfach" ausgestattet.

Die Kosten hierfür werden von den regionalen Kammern als Teil des Kammerbeitrages mit erhoben und an die Bundesrechtsanwaltskammer weitergeleitet.

Im Jahr 2013 haben bei der Bundesrechtsanwaltskammer mehrere Workshops mit allen an diesem Projekt beteiligten Personengruppen stattgefunden: So gab es eine ganztägige Veranstaltung für Anwaltssekretärinnen, einen ganztägigen Workshop für Rechtsanwälte aus kleinen und mittleren Sozietäten und auch einen Workshop für Kammermitarbeiter.

Durch diese breite Beteiligung der Basis dürfte es gelingen, die Software so zu gestalten, dass sie wirklich auch den einzelnen Anwaltsbüros handfeste Vorteile bringt.



Die seit Frühjahr 2011 angebotene **Gebührensprechstunde** wurde auch im Jahr 2013 fortgesetzt.

Jeweils am ersten Montag im Monat gibt es eine allen Kolleginnen und Kollegen offen stehende Diskussionsrunde, auf der sowohl über aktuelle Entscheidungen berichtet, als auch von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aktuelle Fragen zu eigenen Fällen diskutiert und besprochen werden können.

Die Gebührensprechstunde wird auch nach dem Ausscheiden von Herrn Reineke als Geschäftsführer der Kammer fortgeführt.



Auch im Jahre 2013 stellte die Rechtsanwaltskammer im Internet eine Liste derjenigen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung, die zur Übernahme von **Pflichtverteidigungen** bereit sind.

Die Aktualisierung der Liste erfolgt alle zwei Wochen. Der Kammer mitgeteilte Adressänderungen oder die Meldung weiterer Interessentinnen und Interessenten wird automatisch über das Mitgliederverwaltungsprogramm der Kammer in die Liste aufgenommen.

Es steht allen Kolleginnen und Kollegen frei, sich in diese Liste aufnehmen zu lassen. Sie wird auch den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und der Polizei zur Verfügung gestellt und ist für jedermann auf der Internetseite der Kammer im Abschnitt "Bürgerservice" einsehbar. Von besonderer Bedeutung ist die Angabe von Fremdsprachenkenntnissen.



Für im laufenden Kalenderjahr **neu zugelassene Kolleginnen und Kollegen** sind auch im vergangenen Jahr wieder zwei **Begrüßungsabende** (im März und im September des Jahres) ausgerichtet worden.

Die Veranstaltungen dienen dem Erfahrungsaustausch und dem Gespräch zwischen den Kolleginnen und Kollegen. Seit dem letzten Jahr werden zu diesen Begrüßungsabenden auch diejenigen Mitglieder eingeladen, die ein Jahr zuvor zugelassen worden sind. Dadurch soll das Gespräch zwischen den schon etwas erfahreneren Kolleginnen und Kollegen und den Berufsanfängern gefördert werden. Der Kammervorstand hat eine kleine Gruppe von jungen Mitgliedern gewonnen, die sich bereiterklärt haben, als "Ansprechpartner" für die Sorgen und

Nöte ihrer Kolleginnen und Kollegen zu fungieren. Sie finden deren Namen auf der Kammerhomepage im Abschnitt "Junge Anwälte".

Die "**Bürgersprechstunde**" wurde auch im Jahr 2013 von den Geschäftsführern der Kammer weitergeführt. Insgesamt haben 128 Gespräche stattgefunden. In bestehenden Mandatsverhältnissen ist die Beratung in erster Linie darauf ausgerichtet, Kommunikationsstörungen zwischen Rechtsanwalt und Mandant aufzulösen. Die Geschäftsführung empfiehlt in aller Regel dem Mandanten, Kritik an oder Unzufriedenheit mit der Mandatsführung mit dem betroffenen Rechtsanwalt selbst zu besprechen. Sehr häufig werden auch gebührenrechtliche Fragen gestellt oder Kritik an Anwaltsrechnungen vorgetragen. In diesen Fällen bietet die Kammer ihre Vermittlungsdienste an. Insgesamt sieht der Vorstand die Bürgersprechstunde als sinnvolle "vertrauensbildende Maßnahme" sowohl gegenüber den Rechtsuchenden, als auch gegenüber den Kammermitgliedern an. Durch die Vermittlungsgespräche gelingt es häufig, ein Aufschaukeln von Konflikten zu vermeiden und bei unzufriedenen Mandanten ein gewisses Maß an Verständnis für die anwaltliche Sicht zu wecken. Bei Kritik an der Qualität der anwaltlichen Mandatsbearbeitung hält sich die Kammer naturgemäß zurück. Allerdings verweisen die Geschäftsführer regelmäßig auf die segensreiche Tätigkeit der Schlichtungsstelle der Anwaltschaft in Berlin. Deren Tätigkeit wird zunehmend mehr - auch aus Hamburg - in Anspruch genommen.

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer ist mit einer Stammeinlage von 10.225,84 € Mitglied in der "**Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg**". Diese übernimmt für Existenzgründer Bürgschaften als Absicherung für Existenzgründungskredite. Da die Rechtsanwälte eine derjenigen Berufsgruppen ist, deren Angehörige relativ häufig die Leistungen der Bürgschaftsgemeinschaft nachfragen, ist seit Anfang 2011 auch ein Rechtsanwalt im Bewilligungsausschuss der Bürgschaftsgemeinschaft tätig.

Im Jahre 2013 hat der Kammervorstand an die Mitglieder neue **Anwaltsausweise** ausgegeben, wenn deren Geltungsdauer abgelaufen war und die Ausstellung eines neuen Ausweises beantragt wurde. Insgesamt waren dies 3.255 Ausweise. Diese werden im Auftrage der Kammer von der DATEV im Scheckkartenformat produziert und erfüllen zugleich die Aufgabe eines europäischen Anwaltsausweises.

Auf Wunsch wird der Ausweis zugleich auch mit der Funktion einer elektronischen Signaturkarte versehen. Diese Sonderbestellung muss direkt an die DATEV gerichtet werden.

Für dringende Fälle stellt die Geschäftsstelle auch provisorische Ausweise mit einer Geltungsdauer von maximal sechs Monaten aus.

Im Bereich des **elektronischen Rechtsverkehrs** bestätigt die Geschäftsstelle der Kammer gegenüber den gewerblichen Anbietern von Signaturkarten das so genannte "Berufsattribut". Solche Bestätigungen sind im Jahr 2013 in 50 Fällen erstellt worden. Für beide Dienstleistungen hat der Kammervorstand darauf verzichtet, eine besondere Gebühr zu erheben. Die Kosten werden vielmehr aus dem laufenden Kammeretat beglichen.

Im Jahr 2013 hat der Kammervorstand darüber hinaus mit der DATEV einen Vertrag über die Mitwirkung der Kammer bei der Ausstellung so genannter "**Smart-Cards**" abgeschlossen.

Mit dieser Karte können vorzugsweise im Steuerrecht tätige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte die Leistungen des Online-Banking sowie bestimmte Kommunikationsleistungen direkt mit den Finanzämtern leichter in Anspruch nehmen.

Auch diese Mitwirkung der Kammer wird nicht mit einer besonderen Gebühr belegt.

Unerlaubte Rechtsberatung

Der Kammervorstand ist auch im Jahr 2013 gegen Gewerbetreibende und ausgeschiedene Rechtsanwälte bei Verstößen gegen die Bestimmungen des Rechtsdienstleistungsgesetzes und bei unbefugter Verwendung der Berufsbezeichnung "Rechtsanwalt" sowohl zivilrechtlich als auch (im Fall des Titelmisbrauchs) strafrechtlich vorgegangen.

Es sind insgesamt 3 Fällen außergerichtliche Abmahnungen ausgesprochen worden. In 2 Fällen haben die Abgemahnten außergerichtlich eine Unterlassungsverpflichtungserklärung abgegeben, in 1 Fall hat die Rechtsanwaltskammer beim Landgericht Hamburg den Erlass einer einstweiligen Verfügung erwirkt.

Die von der Kammer beim Landgericht Hamburg anhängig gemachte Klage gegen die Hamburger Sparkasse befindet sich nach wie vor in der Berufungsinstanz beim Hanseatischen Oberlandesgericht. Ein Verhandlungstermin ist auch im Jahr 2013 noch nicht anberaumt worden.

Internationales

Im Rahmen seiner Aufgaben misst der Kammervorstand der internationalen Rechtsentwicklung und Rechtspflege in einer zusammenwachsenden Welt große Bedeutung bei. Die Hauptaktivitäten im internationalen Bereich gehen von der Bundesrechtsanwaltskammer aus, da sie weitgehend überregionale Bedeutung haben und für die gesamte deutsche Anwaltschaft wichtig sind.

Daneben setzte der Hamburger Kammervorstand im Jahr 2013 folgende Schwerpunkte:

In den Beziehungen zur Rechtsanwaltschaft in der Volksrepublik China lag der Schwerpunkt im abgelaufenen Jahr in der gemeinsam mit der Universität Hamburg durchgeführten Organisation eines insgesamt vierwöchigen Praktikums für 35 chinesische Anwälte in Hamburg und Deutschland.

Die China-EU School of Law (CESL) hatte im Rahmen eines Austauschprogrammes mit der chinesischen Seite im November und Dezember etwa 35 chinesische Anwälte in Hamburg zu Gast.

Nach einer theoretischen Ausbildung im Europakolleg haben die Teilnehmer ein anschließendes dreiwöchiges Praktikum in Rechtsanwaltsbüros absolviert.

Die meisten konnten in Hamburger Kanzleien unterkommen, einige der chinesischen "Lü shi" haben aber auch Praktikumsstellen in anderen deutschen Städten angenommen.

Daneben hat das Projekt "CEAC", welches vom Kammervorstand mit ins Leben gerufen worden ist, sich weiter positiv entwickelt und im abgelaufenen Geschäftsjahr die ersten Fälle verhandeln können.



Der Kammervorstand ist Mitglied im "Verein Rechtsstandort Hamburg". Dieser Verein hat im abgelaufenen Geschäftsjahr auch innen-rechtspolitische Themen aufgegriffen und durch öffentliche Veranstaltungen befördert.

Außer der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer sind im Verein der Hamburgische Anwaltverein, die Hamburgische Notarkammer, die beiden Universitäten, die Justizbehörde und das Max-Planck-Institut für internationales Privatrecht Mitglieder.

Vermittlungen

Zu den gesetzlichen Aufgaben des Kammervorstandes gehört es auch, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kolleginnen bzw. Kollegen einerseits und Auftraggebern andererseits zu vermitteln (§ 73 Abs. 2 Ziff. 3 BRAO).

Vor allen Dingen nimmt der Kammervorstand diese Aufgabe bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von Gebührenrechnungen wahr.

Eine Vielzahl von im Rahmen der Bürgersprechstunde geführten Gesprächen mündet ebenfalls in einem Vermittlungsverfahren.

Im Jahr 2013 ist in insgesamt 157 Fällen im Wesentlichen durch die Geschäftsführung entweder schriftlich oder im Gespräch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen vermittelt oder nach schriftlicher Stellungnahme ein Vergleichsvorschlag unterbreitet worden. Rein praktisch werden diese Vermittlungen in der Weise durchgeführt, dass die Geschäftsführung bei Beanstandungen an Gebührenrechnungen die Mandanten zunächst bittet, ihre Kritik schriftlich vorzutragen und die Rechnung einzureichen.

Sodann wird der Vorgang dem betroffenen Rechtsanwalt zur Kenntnis- und Stellungnahme zugeleitet.

Obwohl die Einleitung des Vermittlungsverfahrens gemäß § 73 Abs. 5 BRAO nicht der Zustimmung des Rechtsanwalts bedarf, nehmen die Mehrzahl der betroffenen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte am Vermittlungsverfahren aus freien Stücken teil.

In diesen Fällen unterbreitet der zuständige Geschäftsführer einen Schlichtungsvorschlag. Wiederum in der Mehrzahl der Fälle wird dieser akzeptiert, sodass eine weitere streitige Auseinandersetzung vor Gericht vermieden werden kann.

Bei Beschwerden von Mandanten über anwaltliche Schlechtleistung wird der Kammervorstand nach wie vor *inhaltlich* nicht tätig.

Bei Eingaben dieser Art verweist die Geschäftsstelle in aller Regel auf die bei der Bundesrechtsanwaltskammer gebildete und bundesweit tätige "Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft", die von der früheren Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie am Bundesverfassungsgericht, Frau Dr. Renate Jaeger, geleitet wird. Das Verfahren auch vor dieser Stelle ist kostenfrei.

Die Vermittlungsaufgabe des Kammervorstandes bezieht sich gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 2 BRAO auch auf Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern. Die hier relevanten Fälle sind in der Regel Sozietätstrennungen oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Kollegen über die Auslegung von Trennungsvereinbarungen.

In diesen Fällen werden einzelne Vorstandsmitglieder im Rahmen der Wahrnehmung ihres Vorstandsamtes unentgeltlich aktiv.



Am 01.01.2011 hat die **Schlichtungsstelle der deutschen Rechtsanwaltschaft** in Berlin ihre Tätigkeit aufgenommen.

Im Jahr 2013 hat die Schlichtungsstelle ihren Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr 2012 vorgelegt. Der Bericht steht im Internet unter der Adresse www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de zur Einsicht und zum Herunterladen zur Verfügung.

Die Schlichtungsstelle wird danach noch viel zu selten in Anspruch genommen, sodass wir nur ermuntern können, diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen.

Selbstverständlich können auch Rechtsanwälte bei Meinungsverschiedenheiten mit Mandanten die Schlichtungsstelle anrufen, anstatt sofort den relativ aufwändigen und natürlich mit Kosten verbundenen Weg der Honorarklage beim zuständigen Amts- bzw. Landgericht zu beschreiten. Das Verfahren vor dieser Schlichtungsstelle ist auch für antragstellende Rechtsanwälte kostenfrei.

Beschwerdeverfahren

Wie in den vergangenen Jahren bindet die Bearbeitung von Beschwerden über Rechtsanwälte einen Großteil der Arbeitskapazität des Kammervorstandes und der Geschäftsführung.

Die Gesamtzahl der neu eingegangenen Beschwerden hat im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr zugenommen.

Die Statistik sieht wie folgt aus:

	2012	2013
Im Berichtsjahr eingegangene Beschwerden	625	724
aus den Vorjahren übernommen	<u>119</u>	<u>170</u>
insgesamt zu bearbeiten gewesen waren:	744	894
 Davon als unschlüssig zurückgewiesen ohne Stellungnahme der betroffenen Rechtsanwälte	 363	 383
Nach Stellungnahme als unbegründet zurückgewiesen	119	77
Rügen gemäß § 74 BRAO	26	65
An die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens	18	32
Erteilte Belehrungen gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 1 BRAO	0	1
Sonstige Erledigung	<u>48</u>	<u>20</u>
Insgesamt abgeschlossen wurden	574 =====	578 =====

Der Rest von 316 Akten ist am 31. Dezember 2013 noch anhängig gewesen.

Die häufigsten Beschwerdegründe waren:

Verstöße gegen § 12 BORA (Umgehung Gegenanwalt), § 43 Satz 1 BRAO i.V.m. Strafrecht, § 11 BORA (Unterrichtung des Mandanten), § 43 Satz 1 BRAO (Untätigkeit) und § 43a Abs. 5 BRAO in Verbindung mit § 4 BORA (Fremdgeld).

Die drei Beschwerdeabteilungen waren im Jahre 2013 wie folgt besetzt:

Abteilung I (A bis G)

Dr. Henning von Wedel (Vorsitzender)
Malte Nehls
Dr. Ellen Braun

Abteilung II (H bis Q)

Annette Voges (Vorsitzende)
Dr. Sebastian Cording
Volker von Alvensleben

Abteilung III (R bis Z)

Malte Nehls (Vorsitzender)
Dr. iur. h.c. Gerhard Strate
Rüdiger Ludwig

Gebührengutachten

Zu den Aufgaben des Kammervorstandes gehört es, auf gerichtliche Anforderung Gebührengutachten vor allem in Honorarprozessen zu erstatten (§ 73 Abs. 2 Nr. 8 BRAO). Gegenstand dieser Gutachten ist in der Regel die Frage, ob in einer anwaltlichen Kostenrechnung das Ermessen bei der Bestimmung von Rahmengebühren zutreffend ausgeübt ist. Allerdings häufen sich auch die Fälle, in denen Gerichte oder die Staatsanwaltschaft den Kammervorstand ersuchen, zu schlichten Rechtsfragen wie z.B. dem Anfall einer Gebühr dem Grunde nach Stellung zu nehmen. In diesen Konstellationen sind die Gebührenabteilungen des Kammervorstandes sehr zurückhaltend, da die Rechtsanwendung selbst Aufgabe der staatlichen Gerichte bzw. der Staatsanwaltschaft ist. In einzelnen Fällen ist es auch vorgekommen, dass der Kammervorstand deshalb die Erstattung eines Gutachtens abgelehnt hat.

Die für die Erstattung von Gutachten eingerichteten Gebührenabteilungen erstatten ihre Gutachten zur Angemessenheit von Rahmengebühren (§ 14 RVG) vorwiegend im Bereich der Ziffern 2100 ff., 2200 ff., 2300 f., 2400 f. sowie 4100 ff. des VV RVG. Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe müssen die Gebührenabteilungen diese Gutachten kostenlos erstatten. Vor allen Dingen bei unübersichtlichen Kostenrechnungen und komplizierten Sachverhalten ist die Aufgabe der Gutachtenerstellung außerordentlich zeitaufwendig und belastet die Mitglieder der Gebührenabteilungen erheblich.

Die Aufgabe der Vermittlung oder Schlichtung in Gebührenangelegenheiten nimmt der Kammervorstand überwiegend durch Mitglieder der Geschäftsführung wahr. Hierüber ist im Abschnitt "Vermittlungen" berichtet worden.

Das Gutachtenaufkommen im Jahre 2013 entnehmen Sie bitte der nachstehenden Tabelle:

Aus den Vorjahren übernommene Gutachten	4	
Gerichtliche Gutachtenanforderungen 2013		
- Erstgutachten	31	
- Ergänzungsgutachten	<u>2</u>	
- insgesamt in 2013 zu erstatten	37	37
davon Gutachten erstattet		
- aus den Vorjahren	3	
- aus 2013	17	
ohne Gutachten zurück ans Gericht gingen	<u>3</u>	
Im Jahre 2013 insgesamt erledigt	23	<u>23</u>
Am 31. Dezember 2013 noch offene Gebührengutachten	14	==

Der Kammervorstand hat gemäß § 77 Abs. 1 BRAO auch für das Jahr 2013 drei Gebührenabteilungen gebildet, denen im Jahre 2013 folgende Kolleginnen und Kollegen angehörten:

Gebührenabteilung I	Gebührenabteilung II	Gebührenabteilung III
Jan H. Kern (Vorsitzender)	Prof. Dr. Eckart Brödermann (Vorsitzender)	Annette Teichler(Vorsitzende)
Gerd Uecker	Andrea Meyer	Miriam B. Jahn
Dr. Christian Lemke	Dr. Till Dunckel	Reinhard Titz

Zusammensetzung und Tätigkeit des Vorstandes

Im Jahr 2013 hat es in der Zusammensetzung des Vorstandes keine Veränderungen gegeben, da auf der Kammerversammlung 2013 keine Vorstandswahlen stattgefunden haben. Dem Vorstand haben daher im Jahre 2013 folgende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte angehört:

Volker von Alvensleben, Dr. Ellen Braun, Prof. Dr. Eckart Brödermann, Dr. Sebastian Cording, Dr. Till Dunckel, Axel C. Filges, Bernd-Ludwig Holle, Miriam B. Jahn, Jan H. Kern, Otmar Kury, Dr. Christian Lemke, Dr. Henning Löwe, Rüdiger Ludwig, Andrea Meyer, Malte Nehls, Dr. Martin Soppe, Dr. jur. h. c. Gerhard Strate, Annette Teichler, Reinhard Titz, Gerd Uecker, Annette Voges und Dr. Henning von Wedel.

Mit Ablauf des 30.04.2014 wird die Amtszeit von 10 Vorstandsmitgliedern turnusmäßig enden.

Auf der Kammerversammlung ist eine Zuwahl von 2 Mitgliedern vorgesehen, damit der Vorstand wieder seine Sollstärke von 24 Mitgliedern erreicht.



In der Geschäftsführung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer hat es im Jahr 2013 Veränderungen gegeben:

Nach dem Ausscheiden von Herrn Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Reineke mit Ablauf des Jahres 2012 hat Herr Rechtsanwalt Dr. Matthias Hoes im Januar 2013 seine Tätigkeit aufgenommen.

Für die [REDACTED] waren im Jahre 2013 die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen, Frau Rechtsanwältin Ko Watari und Frau Rechtsanwältin Stephanie Grundmann-Beyrich tätig.

Frau Rechtsanwältin Ko Watari ist mit Ende November 2013 aufgrund einer Befristung ihres Arbeitsvertrages wieder aus den Diensten der Rechtsanwaltskammer ausgeschieden. Der Kammervorstand dankt Frau Rechtsanwältin Watari für ihre Mitarbeit.

Das Arbeitsverhältnis mit Frau Rechtsanwältin Grundmann-Beyrich ist bis zur Rückkehr von Frau Rechtsanwältin [REDACTED] befristet verlängert worden.

Im Mai 2013 hat darüber hinaus der frühere Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern, Rechtsanwalt Franz-Joachim Hofer, seinen Dienst bei der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer angetreten.

Daneben sind in der Geschäftsführung im gesamten Kalenderjahr 2013 Frau Rechtsanwältin Dr. Carolin Kenter und Herr Rechtsanwalt Hartmut Scharmer tätig gewesen.

Fachanwaltschaften

Im Berichtsjahr 2013 hat der Kammervorstand über Fachanwaltsanträge wie folgt entschieden:

<u>Arbeitsrecht</u>			<u>Handels- und Gesellschaftsrecht</u>		
Aus 2012 und davor übernommene Anträge	4		Aus 2012 übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>22</u>		Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>16</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	26		insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	17	
Stattgaben	25		Stattgaben	13	
Ablehnung	0		Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>		Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	25	<u>25</u>	Entscheidungen im Jahre 2013	13	<u>13</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	1		Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	4	
	==			==	
<u>Bank- und Kapitalmarktrecht</u>			<u>Informationstechnologierecht</u>		
Aus 2012 und davor übernommene Anträge	1		Aus 2012 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>7</u>		Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	8		insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	5	
Stattgaben	6		Stattgaben	2	
Ablehnungen	0		Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>		Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	6	<u>6</u>	Entscheidungen im Jahre 2013	2	<u>2</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2		Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	3	
	==			==	
<u>Bau- und Architektenrecht</u>			<u>Insolvenzrecht</u>		
Aus 2012 und davor übernommene Anträge	0		Aus 2012 und davor übernommene Anträge	5	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>7</u>		Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	7		insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	10	
Stattgaben	5		Stattgaben	9	
Ablehnungen	0		Ablehnungen	1	
Rücknahmen	<u>0</u>		Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	5	<u>5</u>	Entscheidungen im Jahre 2013	10	<u>10</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2		Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	0	
	==			==	
<u>Erbrecht</u>			<u>Familienrecht</u>		
Aus 2012 und davor übernommene Anträge	0		Aus 2012 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>2</u>		Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>14</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	2		insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	16	
Stattgaben	1		Stattgaben	14	
Ablehnungen	0		Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>		Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	1	<u>1</u>	Entscheidungen im Jahre 2013	14	<u>14</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	1		Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2	
	==			==	
<u>Gewerblicher Rechtsschutz</u>			<u>Miet- und Wohnungseigentumsrecht</u>		
Aus 2012 und davor übernommene Anträge	3		Aus 2012 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>10</u>		Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>6</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	13		insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	9	
Stattgaben	11		Stattgaben	9	
Ablehnungen	0		Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>		Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	11	<u>11</u>	Entscheidungen im Jahre 2013	9	<u>9</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2		Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	0	
	==			==	

Sozialrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>3</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	4	
Ablehnungen	1 ¹⁾	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	1	1
	==	==

Steuerrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>6</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	4	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	4	<u>4</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2	2
	==	==

Strafrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	1	1
	==	==

Transport- und Speditionsrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	2	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	1 ¹⁾	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	1	1
	==	==

1) Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig.

Medizinrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>4</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	5	
Stattgaben	3	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	3	<u>3</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2	2
	==	==

Verkehrsrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	3	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>11</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	14	
Stattgaben	11	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	11	<u>11</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	3	3
	==	==

Versicherungsrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>6</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	4	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	4	<u>4</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	2	2
	==	==

Verwaltungsrecht

Aus 2012 und davor übernommene Anträge	0	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>1</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	1	
Stattgaben	1	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	1	<u>1</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	0	0
	==	==

Urheber- und Medienrecht

Aus 2012 übernommene Anträge	1	
Im Jahre 2013 eingegangene Anträge	<u>5</u>	
insgesamt im Jahre 2013 zu bearbeiten	6	
Stattgaben	5	
Ablehnungen	0	
Rücknahmen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2013	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2013 noch anhängig	1	1
	==	==

Insgesamt gab es am 31. Dezember 2013 in Hamburg 1803 (Vorjahr: 1719) Fachanwälte, wobei 163 Rechtsanwälte und 41 Rechtsanwältinnen jeweils 2 Fachanwaltstitel führen und 7 Rechtsanwälte und 1 Rechtsanwältin 3 Fachanwaltstitel führen. Im Einzelnen verteilen sich die Zahlen wie folgt auf die Fachgebiete:

- 1 für Agrarrecht
- 423 für Arbeitsrecht (davon 96 Fachanwältinnen)
- 35 für Bank- und Kapitalmarktrecht (davon 7 Fachanwältinnen)
- 87 für Bau- und Architektenrecht (davon 10 Fachanwältinnen)
- 36 für Erbrecht (davon 16 Fachanwältinnen)
- 256 für Familienrecht (davon 159 Fachanwältinnen)
- 104 für Gewerblicher Rechtsschutz (davon 25 Fachanwältinnen)
- 106 für Handels- und Gesellschaftsrecht (davon 17 Fachanwältinnen)
- 28 für Informationstechnologierecht (davon 4 Fachanwältinnen)
- 88 für Insolvenzrecht (davon 17 Fachanwältinnen)
- 59 für Medizinrecht (davon 21 Fachanwältinnen)
- 123 für Miet- und Wohnungseigentumsrecht (davon 36 Fachanwältinnen)
- 44 für Sozialrecht (davon 13 Fachanwältinnen)
- 244 für Steuerrecht (davon 38 Fachanwältinnen)
- 126 für Strafrecht (davon 33 Fachanwältinnen)
- 39 für Transport- und Speditionsrecht (davon 9 Fachanwältinnen)
- 83 für Verkehrsrecht (davon 18 Fachanwältinnen)
- 59 für Versicherungsrecht (davon 15 Fachanwältinnen)
- 51 für Verwaltungsrecht (davon 5 Fachanwältinnen)
- 31 für Urheber- und Medienrecht (davon 6 Fachanwältinnen)

Damit führten am 31.12.2013 17,9 % (Vorjahr 17,5 %) der Hamburger Rechtsanwälte eine Fachanwaltsbezeichnung.

Die Fachausschüsse waren im Berichtsjahr mit den folgenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten besetzt:

Arbeitsrecht

Dr. Frank Weberndörfer (Vorsitzender)
Dr. Hauke Rinsdorf
Matthias Möller
Dr. Katrin Stamer
Miriam Behbudi (stellvertr. Mitglied)

Bank- und Kapitalmarktrecht

Peter Hahn
Frank Schöneich
Dr. Peter Seemann (Vorsitzender bis 31.12.13)
Dr. Christian Ulrich Wolf

Bau- und Architektenrecht

Gritt Diercks-Oppler (Vorsitzende)
Friedrich-Karl Scholtissek
Christian Schliemann
Miriam B. Jahn

Erbrecht

Jörn Peter Heinrich Vinnen (Vorsitzender)
Dr. Andrea Tiedemann
Dr. Till Hantke
Tom Kemcke (Stellvertr. Mitglied)

Familienrecht

Annette Teichler (Vorsitzende)
Rita Brockmann-Wiese
Gisela Friedrichs
Karin Friedrich-Büttner

Gewerblicher Rechtsschutz

Prof. Dr. Christian Rohnke (bis 13.12.13)
Christian Hertz-Eichenrode
Prof. Dr. Wolfgang Berlit
Dr. Karin Sandberg
Dr. Burkhard Rheineck
Dr. Andrea Jaeger-Lenz
Dr. Andreas Meissner

Handels- und Gesellschaftsrecht

Rüdiger Ludwig (Vorsitzender)
Dr. Henrik Drinkuth
Dr. Georg A. Wittuhn
Dr. Rüdiger Zeller
Dr. Klaus von Gierke

Insolvenzrecht

Prof. Dr. Klaus Pannen (Vorsitzender)
Sönke Hansen
Heiko Fialski
Dr. Tjark Thies

Miet- u. Wohnungseigentumsrecht

Dr. Hubertus Wegmann (Vorsitzender)
Bernd Vetter (bis 31.05.13)
Eva Proppe
Ricarda Breiholdt
Anke Niehaus (ab 01.06.13)

Sozialrecht

Rainer Willhoeft (Vorsitzender)
Lukas Weitbrecht
Henry Lomer (bis 31.05.13)
Julia Grimme (ab 01.06.13)

Strafrecht

Dr. jur. h.c. Gerhard Strate (Vorsitzender)
Dr. Ines Woynar
Dr. Oliver Pragal
Kathrin Schulz

Urheber- und Medienrecht

Dr. Martin Soppe (Vorsitzender)
Dr. Roger Mann
Dr. Stefan Horst Engels
Dr. Stefanie Vendt
Dr. Frank Eickmeier

Versicherungsrecht

Dieter Behling (Vorsitzender)
Malte Nehls
Oliver Meixner
Jan Volker Glauber
Dr. Jan Philipp Tietjen (stellvertr. Mitglied)

Informationstechnologierecht

Dr. Christian Lemke (Vorsitzender)
Dr. Oliver Gießler
Dr. Kai-Uwe Plath
Dr. Kay G.H. Oelschlägel
Guido Flick
Oliver J. Süme

Medizinrecht

Dr. Ulrich Steffen (Vorsitzender)
Ulrike Hundt-Neumann
Sven Hennings
Michael Oltmanns
Dr. Markus Plantholz

Steuerrecht

Dr. Kai Greve (Vorsitzender)
Dr. Philipp Herrmann
Dr. Ulrich Möhrle
Barbara Stolten

Transport- u. Speditionsrecht

(gemeinsamer Fachausschuss gemäß § 18 FAO mit den
Kammern Braunschweig, Bremen, Celle,
Mecklenburg-Vorpommern, Oldenburg und
Schleswig-Holstein)

Dr. Kay Uwe Bahnsen (Hamburg, Vorsitzender)
Andrea Meyer (Hamburg)
Dr. Johannes Dälken (Osnabrück)
Dr. Stefan Hoeft (Bremen)
Dieter Janßen (Bremen, stellvertr. Vors.)
Andrea Bartholl (Schleswig-Holstein)

Verkehrsrecht

Holger Rochow (Vorsitzender bis 31.05.13)
André van de Velde (ab 01.06.13)
Jens Peter Jensen
Wolfgang Niendorf (bis 31.05.13)
Geesche Warnke
Gert Lembke (ab 01.06.13)
Jochen Schnelle (ab 01.06.13 stellvertr. Mitglied)

Verwaltungsrecht

Dr. Peter Oberthür (Vorsitzender bis 09.02.13)
Dr. Fritz Frhr. von Hammerstein (Vors. ab 12.03.13)
Martin Hack
Rüdiger Nebelsieck
Jan de Haan (ab 09.02.13)

Berufsausbildung

Die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse zur Rechtsanwaltsfachangestellten ist im Berichtsjahr entgegen dem Bundesdurchschnitt leicht gestiegen (von 164 im Jahre 2012 auf 183 im Jahre 2013). Zu den Abschlussprüfungen im Sommer und Winter 2013 meldeten sich insgesamt 168 Auszubildende an, unter ihnen 29 Umschülerinnen.

Die Prüfungen brachten folgende Resultate:

a) Erstausbildung

- 17 Prüflinge haben mit dem Prädikat „sehr gut“,
- 46 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 36 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 22 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
- 18 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden (12,9 %).

b) Umschulung

- 9 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 7 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 2 Prüflinge haben die Prüfung ohne Prädikat bestanden,
- 11 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden (37,9 %).

Als Ausbildungsberater/in waren Frau Rechtsanwältin Wiltrud Fromm sowie die Rechtsanwälte Hartmut Kostencki, Heiko Kreutzfeldt, Norbert Radeke, Jürgen Steiner und Sebastian Stoffregen ehrenamtlich tätig. Die Ausbildungsberater/in vermitteln bei Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten im bestehenden Ausbildungsverhältnis zwischen Ausbildern und den Auszubildenden. Kommt es nicht zu einer einvernehmlichen Beilegung der Differenzen, helfen die Ausbildungsberater/innen den Lehrlingen auch bei der Suche nach einem anderweitigen Ausbildungsplatz.

Der von der Kammer eingerichtete Schlichtungsausschuss gemäß § 111 Abs. 2 ArbGG nimmt seine Aufgabe wahr, wenn ein Ausbildungsverhältnis durch fristlose Kündigung des Ausbilders aufgelöst worden ist. Die Anrufung dieses Schlichtungsausschusses ist Voraussetzung für die Erhebung einer Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht. Im Jahre 2013 wurde der Schlichtungsausschuss 1 mal tätig. Vorsitzender ist Herr Rechtsanwalt Ignatz Heggemann.

Der Kammervorstand dankt den Kollegen für ihr zeitaufwendiges und wertvolles Engagement.

Auf der Internetseite der Rechtsanwaltskammer findet sich eine aktuelle Liste sowohl freier Lehrstellen, als auch zur Verfügung stehender Praktikantenplätze. Die Rechtsanwaltskammer beteiligt sich auch an dem Projekt „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“, indem auf der Internetseite „www.ausbildung-hh.de“ ein Link auf unsere Lehrstellenbörse gesetzt wurde.

Die Rechtsanwaltskammer nahm im September 2013 auch an der „19. Hanseatischen Lehrstellenbörse“ teil.

Ein Fortbildungskurs „Geprüfter Rechtsfachwirt/Geprüfte Rechtsfachwirtin“ läuft seit November 2012 mit insgesamt 30 Teilnehmern/Teilnehmerinnen.

Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 unterstützte die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte 56 (Vorjahr 51) Kammermitglieder, ehemalige Kammermitglieder, Witwen bzw. Kinder im Bezirk der vier Mitgliedskammern mit monatlichen und/oder einmaligen Zahlungen von **insgesamt € 78.632,99** (Vorjahr € 83.577,45).

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg ist langjähriges Mitglied der Hülfskasse und überwies im Jahr 2013 an die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte für jedes Kammermitglied, Stand 01.01.2013, den Jahresbeitrag von € 9,00, d.h. insgesamt **€ 88.560,00**. (Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer gehört seit dem Jahr 1948 der Hülfskasse an.)

Die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte zahlte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 an folgende 26 Personen der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg insgesamt **€ 46.001,00** aus:

15 (ehem.) Kammermitglieder/

7 Anwaltswitwen,

die aus Alters-, Krankheits- oder aus ähnlichen Gründen berufsbehindert bzw. berufsunfähig sind, erhielten einmalige Zahlungen und/oder mtl. Unterstützungen bis zu € 400,00; ferner wurde in Krankheitsfällen eine Pflegezulage von bis zu € 150,00 gezahlt.

4 Kinder,

die minderjährig sind bzw. die sich in Ausbildung befinden, erhielten eine Unterstützung von bis zu € 250,00 monatlich.

Zudem bestanden gegenüber 13 ehemaligen Unterstützten Ansprüche aus Rückzahlungsverpflichtungen.

Weihnachtsspendenaktion 2013

Zusätzlich verteilte die Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte im Jahr 2013 im gesamten Bundesgebiet **€ 249.050,00** aus dem Weihnachtsspendenaufkommen.

Hiervon erhielten die Unterstützten aus dem Bereich der **Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg** einen Betrag in Höhe von **€ 27.725,00** (Vorjahr € 15.150,00).



Die Hülfskasse entfaltet ihre segensreiche Tätigkeit mit denkbar geringem Verwaltungsaufwand. Um so bedauerlicher ist es, dass so wenige Rechtsanwaltskammern noch Mitglieder sind. Die Leitung der Hülfskasse wird ehrenamtlich von Vertretern aus den beteiligten Kammern geleistet. Ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender ist derzeit Herr Rechtsanwalt Bernd-Ludwig Holle, der zugleich auch Schatzmeister der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer ist.

In der Geschäftsstelle der Hülfskasse arbeiten zwei teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen.

Die Hülfskasse unterhält eine interessante Internetseite unter www.huelfskasse.de. Wenn Sie weitere Einzelheiten über die Hülfskasse wissen wollen, sehen Sie sich bitte diese Internetseite an.

Mitgliederstatistik
Bestand am 31.12.2013

	<u>m</u>	<u>w</u>	<u>Gesamt</u>
Rechtsanwälte	6.616	3.331	9.947
Rechtsbeistände	34	0	34
davon sind zugleich			
Steuerberater	230	27	
Wirtschaftsprüfer	79	0	
Vereidigte Buchprüfer	44	0	
Ausländische Anwälte	29	22	51
davon Europäische	21	9	
davon ausl. Anwälte gemäß § 206 BRAO	8	13	
Rechtsanwalts-GmbH			37
Rechtsanwalts-AG			3
Mitglied gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 BRAO			0
		Mitglieder	10.072
			=====

Veränderungen 2013

Mitgliederzahl 31.12.2012								9.840
	<u>RA</u>	<u>RAin</u>	<u>RB</u>	<u>AA</u>	<u>AAin</u>	<u>GmbH/AG</u>	<u>§ 60 BRAO</u>	
Zulassungen								
Neuzulassungen	216	174	0	2	1	6	0	= 399
Kammerwechsel	107	61	0	1	1	0	0	= 170
Wiederzulassungen	21	9	0	1	0	0	0	= 31
	344	244	0	4	2	6	0	+ 600
Löschungen								
Verstorben	29	3	1	0	0	0	0	= 33
Kammerwechsel	100	68	0	0	1	2	0	= 171
Verzicht	93	59	1	1	2	0	0	= 156
Widerruf aus anderem Grund	7	1	0	0	0	0	0	= 8
	229	131	2	1	3	2	0	- 368
Mitgliederzahl 31. Dezember 2013								10.072
								=====

Abkürzungen: RB = Rechtsbeistand, AA = Ausländischer Anwalt, AAin = ausländische Anwältin, § 60 BRAO: nichtanwaltlicher Geschäftsführer einer RA-GmbH

Im Jahre 2013 sind verstorben:

Dr. Walther Berning	Dirk Kröpke	Dr. Michael Sohnke
Wolf-Ole Brauer	Henning von der Lippe	Dr. Carl-Gustav Staelin
Ulrike Brose	Ulrich Lorenz	Dieter Stahnke
Dr. Gerd Coeler	Dr. Ernst Löwe	Ivo von Trotha
Carsten Dreckmann	Wulf F. Mehner	Dr. Erik A. Undritz
Dr. Ivo Geis	Dr. Hans-Hermann Olderog	Stefan Wagner
Rüdiger Gomoll	Armin Rohde	Dr. Simone Westpfahl, LL.M.
Dr. Manfred E. F. Guth	Dr. Wolfgang Sachse	Caspar Wiese
Rainer Klemm	Barbara Sahling	Gunther Woitalla
Karl-Heinz Köhler	Wolfgang P. Scholz	Jens K. Wulff
William Ch. Köller	Peter Schulz	Thomas E. Zimmermann

Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt (Stand jeweils am 31. Dezember):

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl	Geschäftsjahr	Mitgliederzahl
2004	7.471 (+ 5,6 %)	2009	9.017 (+ 2,78 %)
2005	7.853 (+ 5,1 %)	2010	9.272 (+ 2,75 %)
2006	8.120 (+ 3,48 %)	2011	9.604 (+ 3,46 %)
2007	8.429 (+ 3,73 %)	2012	9.840 (+ 2,4 %)
2008	8.768 (+ 3,87 %)	2013	10.072 (+ 2,3 %)

Anwaltsgericht

Das Hamburgische Anwaltsgericht war am 31. Dezember 2013 mit folgenden Rechtsanwälten bzw. Rechtsanwältinnen besetzt:

Geschäftsleitender Vorsitzender: Rechtsanwalt Johann Schwenn.

Kammer I

Dr. Christoph Hasche (Vors.)
Thomas Scholle (Stellvertr. Vors.)
Axel Löhde
Dr. Ralf Ritter
Dr. Nadja Sievers

Kammer II

Johann Schwenn (Vors.)
Doris Dierbach (Stellvertr. Vors.)
Dr. Frank Mitzkus
Dr. Dagmar Entholt-Laudien
Dr. Christoph Horbach

Kammer III

Jes Meyer-Lohkamp (Vors.)
Axel Neelmeier (Stellvertr. Vors.)
Dr. Hinrich Jenckel
Dr. Janine Achilles-Baumgärtel
Jens Cyrkel-Lichtenfeld

Das Anwaltsgericht verzeichnete im Geschäftsjahr 2013
Aus 2012 wurden übernommen

20 Neuzugänge.
5 Verfahren.

Von den insgesamt in 2013 anhängigen
wurden in I. Instanz
erledigt, so dass in das Jahr 2014 übernommen wurden

25 Verfahren
10 Verfahren
15 Verfahren.

Das Anwaltsgericht hat im Geschäftsjahr 2013
und

5 Urteile
5 Beschlüsse
10 Entscheidungen erlassen.

a) Von den Urteilen lauten

1 auf Verweis
1 auf Verweis und Euro 1.000,-- Geldbuße
1 auf Verweis und Euro 2.000,-- Geldbuße
1 auf Verweis und Euro 2.500,-- Geldbuße
1 Vertretungsverbot für ein Jahr auf
dem Gebiet des Zivilrechts mit Ausnahme
des Arbeitsrechts, des Mietrechts, des
Familienrechts und des Verkehrsrechts

b) Von den Beschlüssen lauten

1 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß § 153 Abs. 1 StPO
4 auf Aufrechterhaltung der Rüge

In 2012 ist in einer Sache Berufung eingelegt worden, über die in 2013 durch den Anwaltsgerichtshof wie folgt entschieden worden ist:

Die durch den Betroffenen eingelegte Berufung wurde auf seine Kosten verworfen.

Seitens der Generalstaatsanwaltschaft ist die eingelegte Berufung zuvor zurückgenommen worden.

In einer weiteren Sache ist Beschwerde eingelegt worden. Über die Beschwerde war nicht zu entscheiden, da diese durch den Betroffenen zurückgenommen worden ist.

Anwaltsgerichtshof in der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Anwaltsgerichtshof bestand im Berichtsjahr 2013 wie in den Jahren zuvor aus zwei Senaten. Diese waren am 31. Dezember 2013 wie folgt besetzt:

Präsident: RA Dr. Kay Soehring

I. Senat

RA Dr. Kay Soehring, Vorsitzender
RA Dr. Joachim Frh. von Falkenhausen,
 (stellvertr. Vorsitzender)
RA Dr. Hans-Jürgen Grambow
RA Prof. Dr. Christoph Seibt
RA Christian Brügmann
VRiOLG Monika Scholz
RiOLG Dr. Bruns
RiOLG Jörn Feddersen
RiOLG Tobias Brauer

II. Senat

RA Prof Dr. Winterhoff (Vorsitzender)
RA Dr. Matthias Wolter, (stellvertr. Vorsitzender)
RAin Dr. Britta Hannemann
RA Dr. Blau
RA Henning Anders
VRiOLG Dr. Carsten Beckmann
RiOLG Dr. Michael Selow
VRiOLG Andreas Buske
VRiOLG Olaf Klimke

Die Einzelheiten der Geschäftstätigkeit des Anwaltsgerichtshofes und deren Gegenstände entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Statistik:

	Nicht erledigte Verfahren am Beginn des Jahres	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Verfahrensdauer der erledigten Sachen		Nicht erl. Verfahren am Ende des Jahres
				bis 6 Monate	über 6 Monate	
<u>I. Verwaltungsrechtliche Anwaltssachen</u>						
a) Zulassungsverfahren	0	0	0	0	0	0
b) Rücknahme- und Widerrufsverfahren	3	3	3	1	2	3
c) Verfahren nach § 57 Abs. 3 BRAO	1	3	4	3	1	0
d) Fachanwaltsverfahren	0	0	0	0	0	0
e) einstw. Anordnungen Beschlussanfechtungen sonst. Verf. nach BRAO	4	1	5	1	4	0
<u>II. Anwaltsgerichtliche Verfahren</u>						
a) Rechtsmittel - Berufung § 143 BRAO - Beschwerden § 142 BRAO	1	0	1	0	1	0
b) Verfahren nach §§ 122 Abs. 2, 123 Abs. 2, §§ 150, 161 a BRAO	0	2	2	2	0	0
<u>III. Sonstige Verfahren</u>						
AR-Sachen	0	0	0	0	0	0
Gesamt	9	9	15	7	8	3

Der Kammervorstand berichtet hiermit der Kammerversammlung über die Verwaltung des Vermögens im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 und kommt damit seiner Verpflichtung zur Rechnungslegung (§ 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO) nach.

Sie finden nachstehend:

I. Kammervermögen

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2013 einschließlich eines Vergleiches zum Vorjahr - Anlage 1 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung über die einzelnen Einnahmen sowie Ausgaben für das Geschäftsjahr 2013 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 2 -
3. Bestandsentwicklung der liquiden Mittel im Geschäftsjahr 2013 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 3 -
4. Aktualisierter Haushaltsplan für das Jahr 2014 sowie Haushalt und Planung für das Jahr 2015 als Grundlage für die Beschlussfassung über den Haushalt 2014 und Kammerbeitrag 2015 einschließlich der Vorjahreswerte - Anlage 4 -

II. Ausbildungsumlage

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2013 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 5 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2013 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 6 -
3. Bestandsentwicklung der liquiden Mittel der Ausbildungsumlage im Geschäftsjahr 2013 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 7 -
4. Haushalt und Planung der Ausbildungsumlage für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 8 -

•

Anmerkungen

I. Zum Kammervermögen

1. Sie finden in Anlage 3 eine Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel, um den Finanzstatus über Anlage 1 und 2 hinaus transparent werden zu lassen.
2. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer hat gemäß § 98 Abs. 2 BRAO die Kosten des Anwaltsgerichts zu tragen. Diese betrugen im Berichtsjahr 2013 insgesamt Euro 42.272,23 (Vorjahr: Euro 36.441,96), davon für Personalkosten (ohne soziale Aufwendungen) Euro 20.294,50 (Vorjahr: Euro 19.718,63), Miete Euro 9.010,44 (Vorjahr: Euro 5.563,73) und allgemeine Bürokosten Euro 12.967,29 (Vorjahr: Euro 11.159,58). Die allgemeinen Bürokosten waren im Jahr 2013 infolge von dringend notwendigen Investitionen deutlich erhöht.
3. In der Kammergeschäftsstelle waren am 31.12.2013 insgesamt 23 (Vorjahr 21) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich der Geschäftsführung) beschäftigt, davon 5 Teilzeitkräfte. Zwei Mitarbeiterinnen davon waren wie im Vorjahr am 31.12.2013 in Elternzeit.
Beim Anwaltsgericht ist weiterhin eine Mitarbeiterin in Teilzeit beschäftigt.

4. Der Kammervorstand erhebt nicht von allen Mitgliedern den vollen Kammerbeitrag. Nach den Bestimmungen der Beitragsordnung wird der Kammerbeitrag vielmehr in den dort vorgesehenen Fällen ermäßigt. Dadurch ergeben sich gemessen an dem rechnerischen Beitragsaufkommen bei voller Beitragszahlung durch jedes Kammermitglied die im Folgenden dargestellten Mindereinnahmen. Die Beitragsermäßigungen für Berufsanfänger und bei Kammerwechsel nach Hamburg werden nicht mehr gesondert ausgewiesen.

	2012	2013
1. Ermäßigungen in Härtefällen (§ 6 BeitrO)	Euro 13.890,83	Euro 13.418,00
2. Beitragserlasse wegen Schwerbehinderung (§ 3 BeitrO)	Euro 7.754,00	Euro 6.720,00
3. Beitragserlasse wegen Ausscheidens (§ 4 Ziff. 2 BeitrO)	Euro 17.063,00	Euro 16.272,00
4. Beitragserlasse wegen Todes eines Mitglieds (§ 6 BeitrO)	Euro 2.088,00	Euro 4.467,00
	<u>Euro 40.795,83</u>	<u>Euro 40.877,00</u>

Am 31.12.2013 bestanden noch offene Kammerbeitragsforderungen aus dem laufenden Jahr und den Vorjahren in Höhe von Euro 34.469,08 (Vorjahr: Euro 34.739,50). Im Jahr 2013 konnten Beitragsforderungen aus den Vorjahren in Höhe von Euro 19.657,50 realisiert werden. Es mussten Forderungen in Höhe von Euro 4.084,00 (Vorjahr: Euro 4.055,83) wertberichtigt werden.

5. Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung weist für 2013 einen Überschuss von Euro 100.805,91 aus. In den letzten Geschäftsjahren wurden jeweils folgende Ergebnisse erzielt:

Geschäftsjahr	Jahresergebnis Euro	Liquide Mittel TEUR
2003	+ 96.305,85	1.754
2004	- 81.514,62	1.673
2005	+ 165.273,12	1.838
2006	+ 143.599,09	1.982
2007	+ 179.660,48	2.161
2008	+ 47.332,49	2.209
2009	- 141.040,92	2.068
2010	- 141.327,49	1.927
2011	- 194.419,36	1.732
2012	- 93.877,82	1.639
2013	- 100.805,91	1.538

Die Höhe der Kammerbeiträge reduzierte sich von Euro 228,00 in 2002 auf Euro 168,00 in 2011. Ab 2012 erfolgte die Erhöhung auf Euro 192,00. In 2013 blieb der Beitrag gleich.

Die Personalkosten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 92 (8,5 %) aufgrund zusätzlicher Kosten für die befristete Einstellung zweier teilzeitbeschäftigter wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und allgemeiner Gehaltsanpassungen.

6. Beitragsverwendung 2013

Der Kammerbeitrag enthält insgesamt Euro 46,50 (Vorjahr: Euro 47,50) durchlaufende Gelder: Für jedes am 1. Januar 2013 zugelassene Mitglied zahlte die Hanseatische Rechtsanwaltskammer an die

	<u>2012</u> <u>Euro</u>	<u>2013</u> <u>Euro</u>
- Bundesrechtsanwaltskammer		
-- Beitrag	33,00	33,00
-- Öffentlichkeitsarbeit	2,50	1,50
-- Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft in Berlin	<u>3,00</u>	<u>3,00</u>
	38,50	37,50
- Hülfskasse Deutscher Rechtsanwälte	<u>9,00</u>	<u>9,00</u>
	<u>47,50</u> =====	<u>46,50</u> =====

Das sind 24,2 % (Vorjahr: 24,7 %) des Kammerbeitrages.

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Entwicklung des Vermögens je Kammermitglied 2003 bis 2013					
Jahr	Vermögen	Mitgliederzahl	Vermögen je Kammermitglied	Veränderung zum Vorjahr	
2003	1.754.906,63 €	7.075	248,04 €	1,19 €	0,5%
2004	1.673.392,01 €	7.471	223,99 €	-24,06 €	-9,7%
2005	1.838.665,13 €	7.853	234,14 €	10,15 €	4,5%
2006	1.982.264,22 €	8.120	244,12 €	9,99 €	4,3%
2007	2.161.924,70 €	8.429	256,49 €	12,37 €	5,1%
2008	2.209.257,19 €	8.768	251,97 €	-4,52 €	-1,8%
2009	2.068.216,27 €	9.017	229,37 €	-22,60 €	-9,0%
2010	1.926.888,78 €	9.272	207,82 €	-21,55 €	-9,4%
2011	1.732.469,42 €	9.604	180,39 €	-27,43 €	-13,2%
2012	1.638.591,60 €	9.840	166,52 €	-13,87 €	-7,7%
2013	1.537.785,69 €	10.072	152,68 €	-13,84 €	-8,3%

II. Zur Ausbildungsumlage

Sie finden als Anlagen 5 bis 8 die Abrechnung über die im Jahre 2004 erstmalig für die anwaltsbezogene Referendarausbildung erhobene Ausbildungsumlage. Sie wurde in 2013 in Höhe von Euro 12,00 (statt der beschlossenen Euro 25,00) pro Mitglied erhoben.

Im Berichtsjahr überstiegen die Einnahmen die Ausgaben um Euro 57.149,83.

Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt über ein gesondertes Bankkonto und einen gesonderten Buchungskreislauf.

In die Kammerrechnungslegung gemäß Anlagen 1 bis 4 gehen diese Beträge deswegen nicht ein. Für die Ausbildungsumlage bestanden Rückstände in Höhe von Euro 1.935,08 (Vorjahr: Euro 1.315,50). Die Realisierungsmöglichkeiten dieser Forderungen sind ungewiss.

Prüfung der Rechnungslegung

I.

Kassenprüfer

Auf der Kammerversammlung 2011 sind als Kassenprüfer des Vorstandes für vier Jahre die Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht Eckhard Wolter und Ulrich Gerken gewählt worden.

Beide Kollegen haben die Buchhaltungsunterlagen einschließlich der Belege für 2013 geprüft und keine Beanstandungen erhoben. Sie werden auf der Kammerversammlung über ihre Feststellungen berichten.

II.

Wirtschaftsprüfer

Der vom Vorstand beauftragte Wirtschaftsprüfer hat folgende Bescheinigung erteilt:

„Wir haben auftragsgemäß die Einnahmen-/Ausgabenrechnung sowohl des allgemeinen Kammerhaushaltes als auch der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung - unter Einbeziehung der Buchführung - der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die Buchführung sowie die Aufstellung der Einnahmen-/Ausgabenrechnungen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Grundlage für unsere Prüfung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie die uns erteilten Auskünfte. Diese Unterlagen haben wir auftragsgemäß auf ihre Ordnungsmäßigkeit beurteilt.

Zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise haben wir Beurteilungen so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil abgegeben werden kann. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Angaben in Buchführung und Einnahmen-/Ausgabenrechnungen überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei unserer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse sind die uns vorgelegten Unterlagen, auf deren Grundlage wir die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen geprüft haben, ordnungsgemäß.“

Hamburg, 20. Februar 2014

Ausborn & Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dirk Stresska
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Hamburg, den 28. Februar 2014



Otmar Kury
Präsident



Bernd-Ludwig Holle
Schatzmeister

Anlage 1

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2013 (Erläuterungen in Anlage 2)

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>TEUR</u>
I. Einnahmen			
1. Kammerbeiträge	1.804.311,53	1.865.201,42	61
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.	82.330,00	82.990,00	1
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	18.315,00	23.927,00	6
4. Aufsichtsverfahren	7.700,00	19.953,15	12
5. Erstattungen von Verfahrenskosten	8.748,17	10.058,95	1
6. Seminare	5.195,00	8.480,00	3
7. Sonstige Einnahmen	8.915,41	6.081,67	-3
8. Vermögenserträge	32.593,12	29.286,76	-3
9. Durchlaufende Gelder	<u>9.727,88</u>	<u>5.170,98</u>	<u>-5</u>
Gesamteinnahmen	<u>1.977.836,11</u>	<u>2.051.149,93</u>	<u>73</u>
II. Ausgaben			
1. Personalkosten			
a) Gehälter + Aushilfslöhne RAK	806.409,04	888.006,30	82
b) Gehälter + Aushilfslöhne AnWG	19.718,65	20.294,50	1
c) Soziale Aufwendungen	<u>155.608,48</u>	<u>165.770,66</u>	<u>10</u>
<u>Summe:</u>	<u>981.736,17</u>	<u>1.074.071,46</u>	<u>92</u>
d) Aufwandsentschädigungen	9.433,20	9.356,70	0
2. Verwaltungskosten	224.706,32	197.986,90	-27
3. Raumkosten	185.161,71	193.878,89	9
4. Beiträge, Versicherungen	471.270,63	471.399,85	0
5. Reise- und Sitzungskosten	42.382,68	53.410,14	11
6. Seminare	5.292,44	5.388,00	0
7. Verfahrenskosten	40.703,49	38.759,54	-2
8. Prüfungskosten Berufsausbildung/Fortbildung	34.891,69	24.402,58	-11
9. Sonstige Ausgaben	65.503,92	78.130,80	13
10. Durchlaufende Gelder	<u>10.631,68</u>	<u>5.170,98</u>	<u>-5</u>
Gesamtausgaben	<u>2.071.713,93</u>	<u>2.151.955,84</u>	<u>80</u>
III. Ergebnis	<u>-93.877,82</u>	<u>-100.805,91</u>	<u>-7</u>

Anlage 2
Seite 1 von 6 Seiten

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Einzel- und Abweichungsdarstellung der Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2013

I. Einnahmen

1. Kammerbeiträge

	<u>2012</u>	<u>2013</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mitgliedsbeiträge ¹⁾	1.797.722,19	1.857.311,42	59.589,23
Verspätungszuschläge	6.589,34	7.890,00	1.300,66
	<u>1.804.311,53</u>	<u>1.865.201,42</u>	<u>60.889,89</u>

2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.

	<u>2012</u>	<u>2013</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zulassungen RA	43.200,00	43.100,00	-100,00
Zulassungen GmbH (§ 59c BRAO)	4.080,00	3.570,00	-510,00
Kammerwechsel (§ 27 BRAO)	8.950,00	7.400,00	-1.550,00
Vertreterbestellung (§ 53 BRAO)	220,00	1.040,00	820,00
Kanzleipflichtbefreiung (§ 29 BRAO)	1.280,00	1.680,00	400,00
Fachanwaltsgebühren	24.600,00	26.200,00	1.600,00
	<u>82.330,00</u>	<u>82.990,00</u>	<u>660,00</u>

3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung

	<u>2012</u>	<u>2013</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	3.225,00	2.650,00	-575,00
Abschlußprüfung Sommer	9.333,00	8.185,50	-1.147,50
Zwischenprüfung Winter	550,00	425,00	-125,00
Abschlußprüfung Winter	4.207,00	4.666,50	459,50
Fortbildung Rechtsfachwirt ²⁾	1.000,00	8.000,00	7.000,00
	<u>18.315,00</u>	<u>23.927,00</u>	<u>5.612,00</u>

¹⁾ Höhe der Mitgliedsbeiträge: 2007 = 200 €; 2008 = 180 €; 2009 = 168 €; 2010 = 168 €; 2011 = 168 €; 2012 = 192 €; 2013 = 192 €.

²⁾ Die Prüfungsgebühren werden turnusmäßig nur alle zwei Jahre bei Beginn eines neuen Kurses fällig.

Anlage 2
Seite 2 von 6 Seiten

4. Aufsichtsverfahren

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
AnwG - Geldbußen	7.700,00	19.953,15 ³⁾	12.253,15
	<u>7.700,00</u>	<u>19.953,15</u>	<u>12.253,15</u>

5. Erstattungen von Verfahrenskosten ⁴⁾

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Erstattung Verfahrenskosten Zivilsachen	5.941,12	4.271,54	-1.669,58
Erstattung Verfahrenskosten AnwG	1.370,30	4.398,41	3.028,11
Kostenerstattung Gerichtsvollzieher	1.436,75	1.389,00	-47,75
	<u>8.748,17</u>	<u>10.058,95</u>	<u>1.310,78</u>

6. Seminare

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
RVG-Seminar ⁵⁾	5.195,00	8.480,00	3.285,00
	<u>5.195,00</u>	<u>8.480,00</u>	<u>3.285,00</u>

7. Sonstige Einnahmen

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Kostenerstattung Referendarausbildung	3.600,00	3.800,00	200,00
weitere Einnahmen	5.315,41	2.281,67	-3.033,74
	<u>8.915,41</u>	<u>6.081,67</u>	<u>-2.833,74</u>

8. Vermögenserträge

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zinserträge Wertpapiere	24.764,98	24.505,11	-259,87
Zinserträge "Firmengeld"	2.245,36	1.270,49	-974,87
Zinserträge Verwaltungskonto	678,15	121,39	-556,76
Zinserträge Vermögensverwaltung	103,70	12,09	-91,61
Zinserträge Girokonten	115,55	0,00	-115,55
erhaltene Stückzinsen	4.152,46	1.734,59	-2.417,87
gezahlte Stückzinsen	-835,08	-471,91	363,17
Kursgewinne bei			
Wertpapiereinlösung	2.465,00	2.115,00	-350,00
realisierte Kursverluste aus			
festverzinslichen Wertpapieren	-1.097,00	0,00	1.097,00
	<u>32.593,12</u>	<u>29.286,76</u>	<u>-3.306,36</u>

9. Durchlaufende Gelder

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Begabtenförderung	9.727,88	5.170,98	-4.556,90
	<u>9.727,88</u>	<u>5.170,98</u>	<u>-4.556,90</u>
 Gesamteinnahmen	 <u>1.977.836,11</u>	 <u>2.051.149,93</u>	 <u>73.313,82</u>

3) Zahlung von ca. 12.000,00 € in einem Sonderfall.
4) Siehe verauslagte Kosten unter II. Ausgaben 7. Verfahrenskosten.
5) Siehe verauslagte Kosten unter II. Ausgaben 6. Seminare. Das Seminar fand 2013 statt.

Ausgaben

II.

1. Personalkosten

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
a) <u>Gehälter RAK</u>			
Gehälter RAK	825.278,79	908.891,85 ⁶⁾	83.613,06
Aushilfslöhne RAK	31,61	64,81	33,20
Erstattungen Lohnfortzahlungskosten	-18.901,36	-20.950,36	-2.049,00
b) <u>Gehälter AnwG</u>			
Gehälter AnwG	18.036,78	18.397,50	360,72
Aushilfslöhne AnwG	1.681,87	1.897,00	215,13
c) <u>Soziale Aufwendungen RAK + AnwG</u>			
soziale Abgaben	151.145,93	160.682,88	9.536,95
Berufsgenossenschaftsbeiträge	4.462,55	5.087,78	625,23
	<u>981.736,17</u>	<u>1.074.071,46</u>	<u>92.335,29</u>
d) <u>Aufwandsentschädigungen</u>			
Fachausschüsse	2.850,00	2.850,00	0,00
Vorstand	4.743,00	4.666,50	-76,50
Präsident	1.840,20	1.840,20	0,00
	<u>9.433,20</u>	<u>9.356,70</u>	<u>-76,50</u>

2. Verwaltungskosten

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Bürokosten RAK	21.475,13	21.114,69	-360,44
Bürokosten AnwG ⁷⁾	11.159,58	12.967,29	1.807,71
EDV-Kosten	21.222,04	23.995,94	2.773,90
Drucksachen	38.687,22	34.499,77	-4.187,45
Reparaturkosten	4.394,68	4.399,79	5,11
Investitionen in Sachanlagen ⁸⁾	30.954,19	17.311,11	-13.643,08
Bücher und Zeitschriften	10.091,49	12.518,49	2.427,00
Porto	54.065,64	51.607,62	-2.458,02
Telefon, Telefax und Internet	5.611,39	5.837,13	225,74
Courtage Wertpapiere	92,48	387,09	294,61
sonstige	26.952,48	13.347,98	-13.604,50
	<u>224.706,32</u>	<u>197.986,90</u>	<u>-26.719,42</u>

3. Raumkosten

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mieten RAK	179.597,98	184.225,85	4.627,87
Mieten AnwG	5.563,73	9.010,44	3.446,71
Umzugskosten	0,00	642,60	642,60
	<u>185.161,71</u>	<u>193.878,89</u>	<u>8.717,18</u>

⁶⁾ U.a. Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen als Elternzeitvertretung.

⁷⁾ Schönheitsreparaturen und Ersatzbeschaffung von Mobiliar.

⁸⁾ Ersatzbeschaffung technischer Geräte; Durchschnittswert der letzten 10 Jahre: 24.669,39 €.

4. Beiträge, Versicherungen

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Hilfskasse deutscher Rechtsanwälte	86.436,00	88.560,00	2.124,00
Bundesrechtsanwaltskammer	369.769,00	369.000,00	-769,00
Deutsches Anwaltsinstitut	4.959,04	5.079,40	120,36
Verband Feier Berufe	2.000,00	2.000,00	0,00
Verein Rechtsstandort Hamburg	500,00	500,00	0,00
Versicherungen	7.606,59	6.260,45	-1.346,14
	<u>471.270,63</u>	<u>471.399,85</u>	<u>129,22</u>

5. Reise- und Sitzungskosten

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Reisekosten	29.682,96	42.934,02 ⁹⁾	13.251,06
Sitzungskosten	7.713,42	8.029,52	316,10
Tagungskosten	380,00	145,00	-235,00
Kammerversammlung	4.606,30	2.301,60	-2.304,70
	<u>42.382,68</u>	<u>53.410,14</u>	<u>11.027,46</u>

6. Seminare

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
RVG-Seminar	5.292,44	5.388,00	95,56
Seminare	0,00	0,00	0,00
	<u>5.292,44</u>	<u>5.388,00</u>	<u>95,56</u>

7. Verfahrenskosten

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Verfahrenskosten Zivilsachen	35.466,31	35.612,24	145,93
Verfahrenskosten AnwG und AGH	3.416,22	953,60	-2.462,62
Gerichtsvollzieherkosten	1.820,96	2.193,70	372,74
	<u>40.703,49</u>	<u>38.759,54</u>	<u>-1.943,95</u>

⁹⁾ Es fand eine Vorstandssitzung in Brüssel statt.

Anlage 2
Seite 6 von 6 Seiten

8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	3.061,10	2.503,70	-557,40
Abschlußprüfung Sommer	12.347,87	10.470,61	-1.877,26
Zwischenprüfung Winter	640,36	518,90	-121,46
Abschlußprüfung Winter	5.545,47	5.762,99	217,52
Fortbildung Rechtsfachwirt/in ¹⁰⁾	7.391,00	983,48	-6.407,52
Ausbildung sonstiges	5.905,89	4.162,90	-1.742,99
	<u>34.891,69</u>	<u>24.402,58</u>	<u>-10.489,11</u>

9. Sonstige Ausgaben

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Buchführungs- und Jahresabschlusskosten	11.139,59	11.062,24	-77,35
Fortbildungskosten für Mitarbeiter	1.392,40	0,00	-1.392,40
Öffentlichkeitsarbeit	13.887,21	16.174,49	2.287,28
2. Hamburger Rechtstag	0,00	3.546,41	3.546,41
Mediationstag	1.000,00	1.000,00	0,00
Außerordentl. Ausgaben/Abwicklung	23.588,13	15.545,01	-8.043,12
Kosten Anwaltsausweis ¹¹⁾	14.196,59	30.752,65	16.556,06
Spenden	300,00	50,00	-250,00
	<u>65.503,92</u>	<u>78.130,80</u>	<u>12.626,88</u>

10. Durchlaufende Gelder

	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Begabtenförderung	10.631,68	5.170,98	-5.460,70
	<u>10.631,68</u>	<u>5.170,98</u>	<u>-5.460,70</u>

Gesamtausgaben

	<u>2.071.713,93</u>	<u>2.151.955,84</u>	<u>80.241,91</u>
--	---------------------	---------------------	------------------

III. Ergebnis

	<u>-93.877,82</u>	<u>-100.805,91</u>	<u>-6.928,09</u>
--	-------------------	--------------------	------------------

¹⁰⁾ Siehe I. 3. Die Fortbildung erfolgt im 2-Jahres Turnus.

¹¹⁾ Es werden turnusmäßig alle 4 Jahre eine größere Anzahl von Ausweisen ausgegeben.

Anlage 3

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Bestandsentwicklung der liquiden Mittel im Geschäftsjahr 2013

	Stand am 31.12.2012	Stand am 31.12.2013
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kassenbestand	646,99	341,45
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonten	25.325,22	32.213,22
Tagesgeldkonto	658.446,94	679.838,82
Vermögensverwaltungskonto	9.479,95	4.524,70
Geld in Transit	0,00	0,00
Depotbestand:		
festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	<u>944.692,50</u>	<u>820.867,50</u>
	1.638.591,60	
Ausgabenüberschuss für das Geschäftsjahr 2013	<u>-100.805,91</u>	
	<u><u>1.537.785,69</u></u>	<u><u>1.537.785,69</u></u>

¹⁾ Der Bestand enthält ausschließlich mündelsichere Wertpapiere. Der Kurswert betrug am 31.12.2013 826.735,30 €, wodurch sich insgesamt stille Reserven von 5.867,80 € (Vorjahr 20.355,30 €) errechnen.

Anlage 4

Hanseatische Rechtsanwaltskammer

Aktualisierter Haushaltsplan für das Jahr 2014 sowie Haushalt und Planung für das Jahr 2015
Geschäftsjahre 2013 bis 2015

	2013 TEUR Plan	2013 TEUR (Ist)	2014 Plan (alt)	2014 Plan (neu)	2015 Plan
I. Einnahmen					
1. Kammerbeiträge	1.900	1.865	1.948	1.908	2.832
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren etc.	91	83	94	86	91
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	27	24	19	19	27
4. Aufsichtsverfahren	7	20	7	17	7
5. Erstattungen von Verfahrenskosten	10	9	10	10	10
6. Seminare	0	9	0	0	0
7. Sonstige Einnahmen	7	6	7	10	7
8. Vermögenserträge	23	30	22	23	20
9. Durchlaufende Gelder	7	5	7	5	5
Gesamteinnahmen	2.072	2.051	2.114	2.078	2.999
II. Ausgaben					
1. Personalkosten					
a) - c) Gehälter incl. Sozialabgaben	1.055	1.074	1.017	1.041	1.048
d) Aufwandsentschädigungen	13	9	13	13	13
2. Verwaltungskosten	202	198	296	306	224
3. Raumkosten	189	194	209	239	172
4. Beiträge, Versicherungen	482	471	494	478	1.172
5. Reise- und Sitzungskosten	56	54	42	49	141
6. Seminare	0	5	0	0	0
7. Verfahrenskosten	43	39	43	43	43
8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung	29	25	37	28	35
9. Sonstige Ausgaben	96	78	92	86	83
10. Durchlaufende Gelder	7	5	7	5	5
Gesamtausgaben	2.172	2.152	2.250	2.288	2.936
III. Ergebnis	-100	-101	-136	-210	63

Anlage 5

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2013
(Erläuterungen in Anlage 6)

	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	Abw. <u>2012/2013</u> <u>TEUR</u>
I. <u>Einnahmen</u>				
1. Ausbildungsumlage	54.573,75	56.291,00	114.956,00	59
2. Vermögenserträge	<u>140,67</u>	<u>22,63</u>	<u>26,78</u>	<u>0</u>
Gesamteinnahmen	<u>54.714,42</u>	<u>56.313,63</u>	<u>114.982,78</u>	<u>59</u>
 II. <u>Ausgaben</u>				
1. Verwaltungskosten	6.000,00	3.600,00	3.800,00	0
2. Anwalts-AG'en	47.964,28	59.394,77	50.361,35	-9
3. Sonstige Ausgaben	<u>2.566,77</u>	<u>70,20</u>	<u>3.671,60</u>	<u>4</u>
Gesamtausgaben	<u>56.531,05</u>	<u>63.064,97</u>	<u>57.832,95</u>	<u>-5</u>
 III. <u>Ergebnis</u>	<u>-1.816,63</u>	<u>-6.751,34</u>	<u>57.149,83</u>	<u>64</u>

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Erläuterungen zur
Einnahmen- und Ausgabenrechnung
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
für das Geschäftsjahr 2013

I. Einnahmen

1. Ausbildungsumlage	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	Abw. <u>2012/2013</u> <u>EUR</u>
Umlagebeiträge ¹⁾	<u>54.573,75</u>	<u>56.291,00</u>	<u>114.956,00</u>	<u>58.665,00</u>
2. Vermögenserträge	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	Abw. <u>2011/2012</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Zinserträge Girokonten	1,38	3,70	0,00	-3,70
Zinserträge Cash-Konto	<u>139,29</u>	<u>18,93</u>	<u>26,78</u>	<u>7,85</u>
	<u>140,67</u>	<u>22,63</u>	<u>26,78</u>	<u>4,15</u>
Gesamteinnahmen	<u>54.714,42</u>	<u>56.313,63</u>	<u>114.982,78</u>	<u>58.669,15</u>

¹⁾ Es wurden in 2013 12 € statt wie in den Vorjahren 6 € erhoben.

II. Ausgaben

1. Verwaltungskosten	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	Abw. <u>2012/2013</u> <u>EUR</u>
Pauschalaufwand für Kammergeschäftsstelle	<u>6.000,00</u>	<u>3.600,00</u>	<u>3.800,00</u>	<u>200,00</u>

2. Anwalts-AG`en	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	Abw. <u>2012/2013</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Einführungs-AG	39.625,72	45.177,74	41.818,86	-3.358,88
Wahlpflicht-AG	6.838,56	12.417,03	8.542,49	-3.874,54
Tandem-AG	1.500,00	1.800,00	0,00	-1.800,00
	<u>47.964,28</u>	<u>59.394,77</u>	<u>50.361,35</u>	<u>-9.033,42</u>

3. Sonstige Ausgaben	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2012</u> <u>EUR</u>	<u>2013</u> <u>EUR</u>	Abw. <u>2012/2013</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Buchführungskosten	70,15	70,20	146,96	76,76
Sonstige Kosten	2.496,62	0,00	3.524,64	3.524,64
	<u>2.566,77</u>	<u>70,20</u>	<u>3.671,60</u>	<u>3.601,40</u>

Gesamtausgaben	<u>56.531,05</u>	<u>63.064,97</u>	<u>57.832,95</u>	<u>-5.232,02</u>
-----------------------	------------------	------------------	------------------	------------------

III. Ergebnis	<u>-1.816,63</u>	<u>-6.751,34</u>	<u>57.149,83</u>	<u>63.901,17</u>
----------------------	------------------	------------------	------------------	------------------

Anlage 7

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Bestandsentwicklung der liquiden Mittel
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung
im Geschäftsjahr 2013

	Stand am 31.12.2012	Stand am 31.12.2013
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonto	181,62	804,67
Cash-Konto	<u>1.551,04</u>	<u>58.077,82</u>
	1.732,66	
Einnahmenüberschuss für das Geschäftsjahr 2013	<u>57.149,83</u>	
	<u><u>58.882,49</u></u>	<u><u>58.882,49</u></u>

Anlage 8

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Haushalt und Planung der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2014

	<u>2013</u> <u>EUR</u> (Ist) mit Umlage 12 €	<u>2014</u> <u>EUR</u> (Plan) mit Umlage 6 €
I. <u>Einnahmen</u>		
1. Ausbildungsumlage	114.956,00	62.028,00
2. Vermögenserträge	<u>26,78</u>	<u>20,00</u>
Gesamteinnahmen	<u>114.982,78</u>	<u>62.048,00</u>
II. <u>Ausgaben</u>		
1. Honorar für Klausurerstellung	0,00	1.500,00
2. Verwaltungskosten	3.800,00	3.800,00
3. Anwalts-AG'en		
Einführungs-AG	41.818,86	42.000,00
Wahlpflicht-AG	8.542,49	10.000,00
Tandem-AG	0,00	1.000,00
4. Sonstige Ausgaben	<u>3.671,60</u>	<u>2.000,00</u>
Gesamtausgaben	<u>57.832,95</u>	<u>60.300,00</u>
III. <u>geplanter Ausgaben-/Einnahmenüberschuss</u>	57.149,83	1.748,00
IV. <u>Vermögen:</u>		
Bestand 01.01.2014		57.149,83
geplanter Einnahmenüberschuss 2014		<u>1.748,00</u>
Saldo 31.12.2014		<u>58.897,83</u>

Hanseatische Rechtsanwaltskammer

KAMMERREPORT

NAME	AUFGABENGEBIET	DURCHWAHL	ERREICHBAR
Frau Lassen	Sachbearbeitung Mitglieder A bis B, U bis Z, unerlaubte Rechtsberatung <i>lassen@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-20	Mo bis Do 9–16 Uhr Fr 9–13
Frau Stephan	Sachbearbeitung Mitglieder C bis E <i>stephan@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-24	Mo bis Do 9–16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau Tarasiuk	Sachbearbeitung Mitglieder H Buchhaltung Kammerreport, Kammerschnellbrief, Homepage <i>tarasiuk@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-16	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau von Ghyczy	Sachbearbeitung Mitglieder I bis K, Elektronische Signatur, Gebührengutachten, Juristenausbildung <i>vonghyczy@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-17	Mo bis Fr 9-13 Uhr
Frau Jokić	Sachbearbeitung Mitglieder L bis M, Kammerreport <i>jokic@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-21	Mo bis Di 9-16 Uhr Do 9-15 Uhr
Frau Horn	Sachbearbeitung Mitglieder N bis R Ausbildungsabteilung A bis K <i>horn@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-19	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau Jiptner	Sachbearbeitung Mitglieder S bis T Ausbildungsabteilung L bis Z, Zwischen- und Abschlussprüfung, Rechtsanwaltsfachangestellte Rechtsfachwirte <i>jiptner@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-18	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
Frau Fischer	Buchhaltung (Kammerbeitrag) <i>fischer@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-22	Mo bis Fr 9–13 Uhr
Frau Helmcke	Büroleitung Fachanwaltschaften allgemein, Fachausschüsse Begabtenförderung <i>helmcke@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-15	Mo bis Do 9-16 Uhr
Frau Mendl	Sachbearbeitung Mitglieder F, G <i>mendl@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-12	Mo bis Fr 9-13 Uhr
Frau Eggert	<u>Fachanwaltschaften:</u> Agrarrecht, Arbeitsrecht, Bank- und Kapitalmarkt- recht, Bau- und Architektenrecht, Erbrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Medizinrecht, Sozialrecht, Steuerrecht, Strafrecht, Urheber- und Medien- recht, Verkehrsrecht, Versicherungsrecht, Verwaltungsrecht <i>eggert@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-28	Mo bis Do 9-16 Uhr Fr 9-13 Uhr
RAin Dr. Kenter Geschäftsführung	Mitgliederberatung A bis G Kanzleiabwicklungen A - K <i>kenter@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-23	Mo bis Do 10-14 Uhr
RA Hofer Geschäftsführung	Mitgliederberatung H bis K, M, P Berufsausbildung, Fortbildung Rechtsfachwirt Gebührenberatung Mitglieder A - K <i>hofer@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-13	Mo bis Fr 9-17 Uhr
RA Dr. Hoes Geschäftsführung	Mitgliederberatung L, N, O, Q bis S Homepage, Datenschutz Gebührenberatung Mitglieder L - Z <i>hoes@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-29	Mo bis Fr 9-17 Uhr
RA Scharmer Geschäftsführung	Mitgliederberatung T bis Z Fachanwaltschaften, Buchhaltung, Kanzleiabwicklungen L bis Z, Unerlaubte Rechtsberatung Kammerreport, Juristenausbildung <i>scharmer@rak-hamburg.de</i>	35 74 41-14	Mo bis Fr 9-17 Uhr